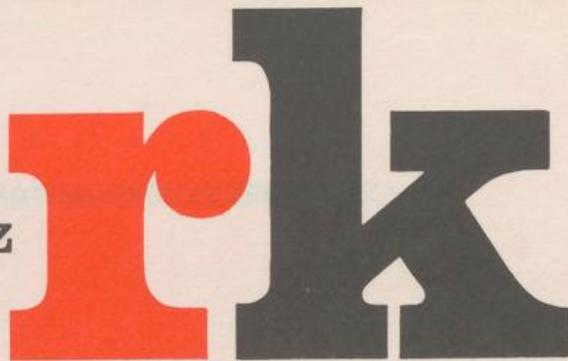


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Mittwoch, 2. Dezember 1981

Blatt 3184

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:  
 (rosa) Ein Althaus für die Jungen  
 Europarat-Seminar  
 Großes Ehrenzeichen für Dr. Maisel  
 Im Wohnpark Alt-Erlaa: Baubeginn Block C  
 Tagung über Öffentlichkeitsarbeit und Raumplanung  
 Viktor Matejka wird 80  
 Gebührenerhöhungen bei Müll, Wasser und Kanal  
 Bürgermeister Gratz: Betriebsbesuch bei Grundig

"Zeig Herz -  
 hilf mit!": Mobile Sozialberatung an den Einkaufssamstagen  
 Mutterberatung - auch für Väter

Nur

Über FS: 2.12. Adventkranz als "Brandstifter"  
 Glatteis in Wien  
 U 4: Vorverlegung des Betriebsbeginns  
 Beleuchtungskörper fiel auf Schultisch

Ein Althaus für die Jungen

=++++

2 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung beschloß Dienstag einstimmig die Abschließung eines Prekariatsvertrages zwischen der städtischen Wohnhäuserverwaltung und dem "Verein Nutzer Cooperative Spalowskygasse". Aufgrund dieses Vertrages stellt die Gemeinde Wien dem Verein - eine Gruppe junger Leute - das Haus Spalowskygasse 3 im 6. Bezirk zu Wohn-, Freizeit - und Kulturzwecken zur Verfügung. Die Benutzer müssen für die Betriebskosten sowie für möglicherweise auftretende Reparaturkosten aufkommen. (Schluß) emw/ap

NNNN

## Europarat-Seminar (1)

=++++

3 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Zehn Trends seien bei der Bürgerbeteiligung festzustellen, sagte der Niederländer NELISSEN beim Seminar: Bürgerbeteiligung betreffe immer mehr gesellschaftliche Bereiche, ebenso immer mehr Gebiete eines bestimmten Bereichs wie der Stadtplanung. Immer mehr wird festgelegt, wer beteiligt werden soll, die Beteiligung finde immer stärker in früheren Phasen des Entscheidungsprozesses statt. Ebenso zeige sich die Tendenz zur strafferen Strukturierung der Entscheidungsprozesse. In vielen Gemeinden versuche man, Bürgerpartizipation administrativ zu regeln. Schließlich nehme das Bewußtsein, daß Beteiligung eine Frage der politischen Emanzipation sei, zu.

Der Mandatar besitze die Macht, müsse sie aber dem Bürger zurückgeben, meinte ein weiterer Berichterstatter, Herr Bonduelle aus Nantes, dazu. Er wies auch auf die Erarbeitung eines neuen Flächenwidmungsplans - eines "Gegenplans" zum alten - in seiner Stadt nach einem politischen Machtwechsel hin. Hilfsmittel, um die Bevölkerung umfassend zu informieren, waren hier u.a. ein Flächenwidmungsbus, der in die Viertel fuhr, und Comics. In der Debatte wurde dann wiederholt auf das Verständigungsproblem Verwaltung - Bürger hingewiesen. (Forts.) hs/bs

NNNN

## Europarat-Seminar (2)

=++++

4 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN stellte fest, daß nach Untersuchungen rund die Hälfte der Wiener Bevölkerung in ihrer Wohnung zumindest zeitweise durch Lärm und Abgase gestört ist. Ein beträchtlicher Teil dieser Störung entfalle auf den Autoverkehr. Die Straße dürfe nicht länger ausschließlich oder fast zur Gänze dem Autoverkehr dienen, sondern solle auch wieder ein Ort der Begegnung werden. Dies könne durch Verkehrsberuhigung, ein Hauptstraßennetz außerhalb des dichtbebauten Gebietes zur Aufnahme des notwendigen Individualverkehrs und durch den zügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs verwirklicht werden. Allerdings sei es nicht möglich, überall Straßen zur Gänze zu sperren. Gerade in Wohngebieten sind daher Kompromisse notwendig zwischen dem Wunsch der Anrainer nach Ruhe und einem Ort, an dem sich Kinder ungefährdet aufhalten können einerseits und der Forderung nach Zufahrts- und Parkmöglichkeiten andererseits. Die Wohnstraße sei ein derartiger Kompromiß. Bei den weiteren in Wien vorgesehenen Wohnstraßen sollen die Anrainer wie bisher in den Entscheidungsprozeß einbezogen werden. Die Entscheidungsebene für verkehrsberuhigte Nebenstraßen könnte, so Stadtrat Hofmann, weitgehend auf die Bezirksvertretungen verlagert werden.

Arch. Dipl.-Ing. Hermann STIEGHOLZER von der Magistratsabteilung für Stadtgestaltung wies darauf hin, daß die Straße ein "tragender", unverzichtbarer Lebensraum für Kinder ist, sie ihn jedoch wegen des Verkehrs nicht nützen können. Die Wohnumgebung sollte gleichermaßen den Autos und den Fußgängern zur Verfügung stehen. Da sich ausländische Beispiele von Wohnstraßen nicht unmittelbar auf Wien übertragen lassen, wurde das "Wiener Modell" entwickelt, das Rücksicht auf die hohen Bebauungsdichten nimmt. Stellplatzverlust für Pkw läßt derartige Projekte allerdings oft bereits im Ansatz scheitern. Stiegholzer forderte eine systematische Verkehrsberuhigung nach einem generellen Konzept für die gesamte Stadt, die in möglichst vielen Stadtteilen gleichzeitig einsetzen soll. (Forts.) and/gg

## Europarat-Seminar (3)

=++++

5 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Architekt STIEGHOLZER verwies darauf, daß in Wien sogenannte "Gestaltungskonzepte" ausgearbeitet werden, die sich auch mit der Verkehrsberuhigung auseinandersetzen und betonte, daß Wohnstraßenprojekte vor der Realisierung der Bevölkerung zur Diskussion gestellt werden. Verkehrsberuhigung werde also nicht "von oben" verordnet.

In der anschließenden DISKUSSION meldete sich als erste eine Bürgerinitiative zu Wort, die auf den sogenannten "Denzel-Gründen" einen Park errichten will. Herr SCHROPP als ein Vertreter der Initiative erläuterte, daß von seiner Gruppe ein Gestaltungskonzept für den Bereich ausgearbeitet wurde. Er sei zwei Hektar groß und liege im Einzugsbereich von 10.000 Menschen.

Herr R. PREVOT aus Frankreich erkundigte sich, ob durch die zahlreichen Fußgängerzonen die Kriminalitätsrate gestiegen sei.

Fred JANSEN aus den Niederlanden vertrat die Ansicht, durch die Einführung von Wohnstraßen in seiner Heimat vor zehn Jahren habe die Verkehrssicherheit gelitten. Die Kinder erkennen den Unterschied zwischen Straße mit Autoverkehr und Wohnstraße nicht, sagte Jansen.

Ursula KUCHLING als weitere Vertreterin einer Bürgerinitiative sagte, Verkehrsberuhigung in einem Bereich bedeute zusätzlichen Verkehr in anderen Straßen.

Verkehrsstadtrat Ing. HOFMANN sagte, die Stadt Wien habe die "Denzel-Gründe" zu einem hohen Kaufpreis erworben, um damit zu einem Teil den Wünschen der Bevölkerung nach einer Grünfläche zu entsprechen. Eine Verkehrsbündelung sei nur in einem geringen Maß möglich, weil die Bündelung auf besonders leistungsfähigen Straßen dort zu einer umso größeren Belastung führe. Von erhöhter Kriminalität in Fußgängerzonen sei nichts bekannt. (Forts.) and/bs

NNNN

Großes Ehrenzeichen für Dr. Maisel

=++++

6 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das vom Bundespräsidenten verliehene Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich überreichte Dienstag nachmittags Bürgermeister Leopold GRATZ dem Leiter der Magistratsabteilung 50 - Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung, Senatsrat Dr. Otto MAISEL.#

Maisel wurde am 1. August 1932 in Wien geboren und studierte an der juristischen Fakultät der Universität Wien. Nach seiner Promotion im Jahr 1959 trat er in den rechtskundigen Dienst der Stadt Wien. Nach jeweils mehrjähriger Tätigkeit in der Bezirksverwaltungsbehörde, in der städtischen Wohnhäuserverwaltung und in der Finanzverwaltung wurde er 1974 zum Leiter der Magistratsabteilung 50 bestellt. Maisel hat sich durch sein reiches theoretisches und praktisches Fachwissen großes Ansehen in der Fachwelt erworben und hat wesentlich dazu beigetragen, daß die eingesetzten Förderungsmittel bei der Vollziehung der Wohnbauförderung zielführend verwendet werden konnten.

Der Überreichung wohnten auch Stadtrat Johann HATZL und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei. (Schluß) en/bs

NNNN

## Mobile Sozialberatung an den Einkaufssamstagen

=++++

8 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Eine mobile Sozialberatung wird das Sozialamt der Stadt Wien der Wiener Bevölkerung an den kommenden drei Einkaufssamstagen im Rahmen der gegenwärtig laufenden Sozialkampagne "Zeig Herz, hilf mit" bieten. Die Aktion wird kommenden Samstag, den 5. Dezember, um 15 Uhr in der U-Bahn-Passage am Stephansplatz von Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gestartet. Mitarbeiter des Sozialamtes werden dabei Auskünfte über alle sozialen Einrichtungen und Möglichkeiten der Hilfe geben. Außerdem besteht die Möglichkeit, auch Auskünfte darüber zu erhalten, wo und wie man selbst Hilfe leisten kann.

Der Presse- und Informationsdienst wird bei dieser Veranstaltung mit einem Informationsstand vertreten sein, bei dem sich die Wienerinnen und Wiener über die neue Sozialaktion der Stadt Wien informieren können. "Herz-Mädchen" werden allen Interessenten Informationsmaterial überreichen.

Samstag, den 12. Dezember wird die Möglichkeit einer mobilen Sozialberatung im 22. Bezirk, beim Donauzentrum, Samstag, den 19. Dezember, in der Mariahilfer Straße bestehen. (Schluß) zi/ap

NNNN



Mutterberatung - auch für Väter

Utl.: Zwei neue Mutterberatungsstellen in Wien

=++++

9 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien hat Anfang Dezember zwei neue Mutterberatungsstellen in Betrieb genommen, und zwar in Wien 18, Peter Jordan-Straße 81-91 (Eingang Scherffenberggasse 5/Haus 1), wo die Beratungen jeden Dienstag von 13 bis 15 Uhr stattfinden, und in Wien 11, Kaiser Ebersdorfer-Straße 10-18, wo die Beratungszeit jeden Donnerstag von 12.30 bis 15.30 ist.

Mit diesen beiden neuen Stellen erhöht sich die Zahl der Wiener Mutterberatungsstellen auf 60. Bei den Mutterberatungen, deren kostenloses und unbürokratisches Service in Wohnnähe sich großer Beliebtheit erfreut, werden Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen durchgeführt. Kinderärzte, Sozialarbeiter und Kinderpflegerinnen beraten in Fragen der Ernährung, Pflege und Erziehung. Fast 50 Prozent aller Neugeborenen werden in Wien zumindest einmal in einer Mutterberatung vorgestellt.

Obzwar das Jugendamt der Stadt Wien aus Gründen der Tradition an der Bezeichnung "Mutterberatung" festhält, sind selbstverständlich auch Väter gerngesehene Besucher. Die Praxis zeigt, daß immer mehr Väter die Mutterberatungen aufsuchen.

Die im Zusammenhang mit dem Mutter-Kind-Paß geplante Vorsorgeuntersuchungen im 3. Lebensjahr wird selbstverständlich bereits jetzt in den Mutterberatungsstellen der Stadt Wien durchgeführt. (Schluß) emw/bs

NNNN

*Zeig Herz-hilf mit!*



Im Wohnpark Alt-Erlaa: Baubeginn Block C (1)

Utl.: Durch Umplanung mehr Wohnungen

=++++

10 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung des Blockes C im Wohnpark Alt-Erlaa werde mit dazu beitragen, die derzeitigen Schwierigkeiten im Hochbau zu meistern, erklärte Wohnen-Stadtrat Johann HATZL bei einer Pressekonferenz am Vorabend der Spatenstichfeier zu diesem Bauteil. Als aus mehreren Gründen vorteilhaft habe sich, wie der Geschäftsführer der mit dem Bau beauftragten GESIBA, Direktor Rudolf HAHN, feststellte, die Heranziehung eines Generalunternehmers erwiesen.

Mit der Errichtung des Blockes C hat der dritte Bauabschnitt im Wohnpark Alt-Erlaa begonnen. Dieser Block wird die meisten Wohnungen - insgesamt 1.142 - enthalten, da entsprechend den heutigen Erfordernissen die Terrassen verkleinert und die Grundriße geändert wurden. #

Ursprünglich waren im Block C 1.066 Wohneinheiten vorgesehen. Durch die Umplanung gelang auch eine Vergrößerung der förderbaren Nutzflächen. In der Baukostenrechnung sind die Eigenmittel der Wohnungswerber mit 2.200 S pro Quadratmeter kalkuliert, der Grundkostenanteil wurde mit rund 700 S pro Quadratmeter Wohnnutzfläche ermittelt. Daraus ergibt sich ein Gesamt-Eigenmittelanteil von 2.900 S pro Quadratmeter. Der errechnete Kapitaldienst ist für den Bauteil C mit 29,32 S etwa gleich hoch wie beim Bauteil B, wo er sich auf 29,28 S belief. Eine verbesserte Wohnbaufinanzierung wird die Nachteile der erhöhten Kapitalmarktzinsen ausgleichen. (Forts.) we/gg

NNNN

Im Wohnpark Alt-Erlaa: Baubeginn Block C (2)

Utl.: Durch Umplanung Vergrößerung der förderbaren Nutzflächen

=++++

11 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Nach Fertigstellung des dritten und letzten Bauabschnittes im Wohnpark Alt-Erlaa wird es dort insgesamt 3.173 Wohnungen mit einer Gesamtnutzfläche von 302.034 Quadratmeter und 2.593 Pkw-Abstellplätzen geben. Während der Bauzeit von 42 Monaten erscheinen Arbeitsplätze für 800 bis 1.000 Personen gesichert.

Als Generalunternehmer für das Bauvorhaben fungiert die ARGE Rella - Porr - Negrelli - Universale. Die Heranziehung eines Generalunternehmers ermöglicht eine verstärkte Kontrolle der Baustelle und sofortige Kalkulation mit fixen Werten.

Bei den Bewohnern der Blöcke A und B in Alt-Erlaa ist Wohnzufriedenheit überdurchschnittlich hoch, wie eine diesbezügliche, von dem Grazer Professor Dr. Kurt Freisitzer erstellte Studie ergeben hat. Danach würden sich 71 Prozent der Bewohner wegen des hohen Wohnwertes wiederum für eine Wohnanlage dieser Art entscheiden. Lediglich 23 Prozent verneinen dies und 5 Prozent sind unentschieden oder geben darauf keine Antwort. Mehr als die Hälfte der Bewohner bezeichnet die Wohnanlage als ideale Wohnform.

Rund 80 Prozent fühlen sich durch das Zusammenleben mit relativ vielen Menschen nicht gestört. Ungefähr ebenso viele Bewohner finden das Nachbarschaftsklima "ausgezeichnet" (33 Prozent) oder "gut" (51 Prozent). Zirka 61 Prozent der Alt-Erlaa-Bewohner haben angegeben, mehr als in der Vorwohnung die Freizeit zu Hause zu verbringen; als Hauptgrund hierfür wurden von der Hälfte der Befragten die guten Freizeiteinrichtungen der Wohnanlage genannt. (Schluß) we/bs

NNNN

Tagung über Öffentlichkeitsarbeit und Raumplanung (1)

=++++

13 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Mitsprache der Bevölkerung bei Planungsprozessen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Besonders wichtig ist deshalb eine möglichst frühzeitige und umfassende Information. Wie sie zu erfolgen hat und welcher Personenkreis verstärkt angesprochen werden soll, wurde in einer Arbeitstagung der österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung im Festsaal der Technischen Universität Wien aufgezeigt. Sie fand in Zusammenarbeit mit Städtebund, Gemeindebund und der Verbindungsstelle der Bundesländer statt. Das Einführungsreferat hielt der Vorsitzende der Gesellschaft, Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER, weitere Fachvorträge stammten von Dipl.-Ing. Ernst GEHMACHER (IFES) und Dr. Rudolf BRETSCHNEIDER (GfK).#

Planungsstadtrat Wurzer wies darauf hin, daß sich heute vorwiegend Personenkreise mit höherem Bildungsvermögen artikulieren, man deshalb aber die Anliegen und Probleme auch anderer Bevölkerungsschichten nicht übersehen dürfe. Wichtige Voraussetzung für eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit in der Raumplanung sei eine fundierte Schulung der Fachbeamten auch im Kontakt mit der Bevölkerung. Er verwies auf die guten Erfahrungen, die mit der sogenannten "Stadtteilplanung" bereits gewonnen werden konnten.

Dipl.-Ing. Gehmacher erläuterte anhand von sechs Thesen das Zusammenwirken von Planern, Nutzern und Politikern im Bereich der Raumplanung. Daraus ergäben sich naturgemäß auch zahlreiche Interessenskonflikte. Er forderte deshalb repräsentative Teilnahme der Nutzer an der Planung, Gewährleistung gleicher Chancen zur Artikulation für alle Bevölkerungskreise sowie wirksame Information und Festlegung klarer Regeln über die Teilnahme am Planungsprozeß. Schließlich sollen, so Gehmacher, die Ergebnisse der Bevölkerungsbeteiligung bis hin zur Entscheidungsfindung offengelegt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Tagung über Öffentlichkeitsarbeit und Raumplanung (2)

=++++

14 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Dr. Rudolf BRETSCHEIDER erläuterte anhand von Forschungsergebnissen, daß der Wunsch nach Mitsprache der Bevölkerung ständig steigt. Er betonte jedoch die Tatsache, daß geäußerte Wünsche, die schließlich in der Realisierung nicht berücksichtigt werden konnten, zunehmend zu einer Unzufriedenheit führen. Aus diesem Grunde sei es besonders wichtig, die betroffenen Bevölkerungskreise frühzeitig, besser und langfristig in die Planungen einzubeziehen und sie über den Grund von Entscheidungsvarianten zu informieren.

Im Anschluß an die Referate setzten sich zwei Arbeitskreise mit "Regionalplanung und Öffentlichkeitsarbeit" beziehungsweise mit "Stadtplanung und Öffentlichkeitsarbeit" auseinander. (Schluß)  
and/gg

NNNN

Viktor Matejka wird 80

=++++

15 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Am 4. Dezember feiert ein Mann, der mit seiner Dynamik dem Wiener Kulturleben der letzten Jahrzehnte wesentliche Impulse gegeben hat, seinen 80. Geburtstag: Kulturstadtrat a.D. Dr. Viktor Matejka.

Matejka, 1901 in Korneuburg geboren, studierte an der Wiener Universität Geschichte und Geographie und war anschließend in der Volksbildung tätig. 1938 war er im ersten österreichischer-Transport, der von den Nationalsozialisten ins Konzentrationslager Dachau gebracht wurde. Er blieb sechseinhalb Jahre im KZ. Nach seiner Befreiung trat der überzeugte Katholik der Kommunistischen Partei bei, die ihn 1945 als Stadtrat für Kultur und Volksbildung nominierte. Er blieb in dieser Funktion bis 1949, also in der wohl schwierigsten Zeit, die es für das Wiener Kulturleben in unserem Jahrhundert gab. #

Bürgermeister KÖRNER würdigte sein Wirken am 5. Dezember 1949 vor dem Wiener Gemeinderat mit den Worten: "Was wir an Stadtrat Dr. Matejka vor allem geschätzt haben, und wofür wir ihm heute besonders danken, ist sein Fleiß, sein rastloses Bemühen, alle Zweige der Kultur in unserer Stadt zu fördern, sie aus ihrer Erstarrung, in die sie durch den Faschismus gekommen sind, zu lösen und neuerlich zur Entfaltung zu bringen."

Dr. Matejka blieb auch nach seinem Bruch mit der KPÖ unermüdlich kulturpolitisch tätig - als streitbarer Publizist und Redner mit originellen Gedanken und Formulierungen, der stets bemüht war, von der Oberfläche in die Tiefe zu dringen. Viele schöpferische Menschen in Wien und weit darüber hinaus verdanken ihm wesentliche Impulse, aber oft auch die materielle Hilfe, die es ihnen erst ermöglichte, sich ihrer Arbeit zu widmen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wer weiß, ob Wien zu einer Stadt bedeutender Maler und Bildhauer geworden wäre, hätte Matejka nicht zu einem beträchtlichen Teil dafür gesorgt, daß die Arrivierten von heute in jungen Jahren etwas zu essen hatten. (Schluß) sti/bs

## Gebührenerhöhungen bei Müll, Wasser und Kanal

=++++

17 #Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Mittwoch der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß ab 1. Jänner 1982 Gebührenerhöhungen bei Müll, Wasser und Kanal geplant sind. Der Magistrat wird in den zuständigen Gremien noch im Dezember den Antrag stellen, die Müllabfuhrabgabe für Kleingefäße (50 Liter) von 10 auf 13 Schilling, für die am meisten gebräuchlichen 110-Liter-Gefäße von 17 auf 20 Schilling und für 1100-Liter-Container von 170 auf 200 Schilling zu erhöhen. Die Wassergebühr soll von derzeit 8 Schilling pro Kubikmeter auf 8,80 Schilling angehoben werden. Die Kanalbenützungsgebühr - derzeit 2,40 Schilling pro Kubikmeter abgeleiteten Abwasser - soll in drei Etappen erhöht werden: mit 1. Jänner 1982 auf 4 Schilling pro Kubikmeter, mit 1. Jänner 1983 auf 6 Schilling pro Kubikmeter und mit 1. Jänner 1984 auf 8 Schilling pro Kubikmeter.#

Durch die vorgeschlagenen Erhöhungen würden sich die Kostendeckungen bei der Müllabfuhr von 82,70 Prozent auf 97,56 Prozent erhöhen, beim Wasser von 89,56 Prozent auf 98,52 Prozent und beim Kanal in der ersten Etappe von 17,81 Prozent auf 29,12 Prozent.

Die durchschnittliche jährliche Belastung aus diesen Erhöhungen beträgt:

- o bei der Müllabfuhr 156 Schilling je Haushalt und Jahr
- o beim Wasser 29,20 Schilling pro Jahr für Substandardwohnungen, 102,16 Schilling pro Jahr für eine Mittelwohnung mit Bad und WC
- o beim Kanal 58,40 Schilling pro Jahr für eine Substandardwohnung und 204,32 Schilling pro Jahr für eine Mittelwohnung mit Bad und WC. (Schluß) sei/gg

NNNN

Bürgermeister Gratz: Betriebsbesuch bei Grundig

=++++

18 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ besuchte Mittwoch das Assembling-Werk der Grundig-Austria in der Breitenfurter Straße 43-45 in Meidling.

2500 Beschäftigte erzeugen in dem Werk - dem einzigen für Fernsehgeräte in Österreich - täglich beinahe 3000 Fernsehapparate, die außer in Österreich auch in der BRD, in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz und in Großbritannien vertrieben werden. Im heurigen Jahr konnte die Firma durch Kapazitätsausweitungen und dem Einsatz modernster Fertigungsmethoden weitere 700 Arbeitsplätze schaffen. An der Betriebsbesichtigung nahmen Stadtrat Univ.Prof. Dr. Alois STACHER und der Bezirksvorsteher von Meidling, Ing. Kurt NEIGER, teil. (Schluß) en/ap

NNNN